

Griechenland: Die Crux mit dem „linken“ Populismus

Kommentar von Holger Heide am 21. September 2015

Wir werden weiter mit ansehen müssen, wie ein Land ausgeplündert wird. Und das in Abstimmung mit einer vom Volk gewählten „linken“ Regierung.

Kurz zum Hintergrund.

Erst verschafft sich eine Kompradorenbourgeoisie unermessliche Reichtümer, indem sie mit Hilfe einer korrupten Politikerelite und dem zugehörigen korrupten Staatsapparat den mit großzügigen ausländischen Krediten finanzierten Staat und das Nationalvermögen plündert, dann wird für den folgenden Staatsbankrott von den ebenfalls profitierenden Gebern der Kredite, den zentraleuropäische Machtzentren mit ihren Großbanken und den IWF, ein ganzes Volk (und zwar ohne die Bereicherten) erbarmungslos haftbar gemacht.

Als es opportun war, großzügig Kredite zu gewähren und selbst Deutschland die Verschuldungsobergrenze jahrelang nicht einhielt, wurde gegenüber den europäischen Gremien nicht ernsthaft von Sparen gesprochen, sondern in altem scheinbar keynesianischem Geist mit Wachstumsförderung argumentiert. Inzwischen ist Deutschland – unter anderem mit Hilfe des drastischen Abbaus von Sozialleistungen und einer systematischen Verarmungspolitik – wirtschaftlich und politisch so mächtig geworden, dass es sich zur Bastion des neoliberalistischen Konzepts in Europa entwickelt hat.

Unter der angestauten Wut über die äußere Bevormundung durch das Spardiktat von außen und über die eigene willfähige Machtelite hatte das griechische Volk Anfang dieses Jahres zum ersten Mal in der neueren griechischen Geschichte den Mut aufgebracht, über die Haltung mit der „geballten Faust in der Tasche“ hinauszugehen und in einer demokratischen Wahl mit der Syriza eine linksorientierte Partei zur stärksten Kraft zu machen. Das hat in den europäischen Machtzentren einen Schock ausgelöst – und unter Linken eine Welle fast ungläubiger Sympathie.

Bei der Umsetzung ihres Programms in einer eigenen Regierung war Syriza allerdings auf einen Koalitionspartner angewiesen. Die Syriza-Führung bildete eine Koalition mit den extrem rechtspopulistischen Unabhängigen Griechen, die man auf Grund ihrer wenigen Prozent wohl mühelos auszubremsen gedachte. Der Kalkül ist dann ja auch aufgegangen, wenn man von den wenigen öffentlich bemerkten Entgleisungen des Verteidigungsministers einmal absieht.

Nachdem sie – moralisch korrekt begründet – die Hoffnungen der Mehrheit des griechischen Volkes geweckt hatten, standen Regierungschef Alexis Tsipras und sein

Finanzminister Yanis Varoufakis sofort nach ihrem Wahlerfolg unter einem hohen Erwartungsdruck.

Die Reformen mit dem höchsten „Symbolwert“ (eigener Begriff der Regierung) waren mediengerecht in den ersten 48 Stunden nach der Regierungsbildung umgesetzt worden: Stopp der Privatisierung des Hafens von Piräus, Verkauf der teuren Dienstwagen, Wiedereinstellung eines Teils der von der Vorgängerregierung entlassenen Staatsbediensteten usw.

Auch in den Verhandlungen mit den übermächtigen Gremien der EU, der EZB, des IMF und der Euroländer, die die Gläubiger vertreten, machte die Regierung in den Augen ihrer Wähler zunächst eine gute Figur. Sie erhielt die Zustimmung inzwischen auch des überwiegenden Teils derer, die sie nicht gewählt hatten. Der Erwartungsdruck war damit aber noch gewachsen. Die Regierung stand jetzt noch mehr unter dem Zwang, „liefern“ zu müssen.

Auf Grund der realen Stärkeverhältnisse musste die Möglichkeit der Syriza-Regierung, ihre Versprechungen (zumindest einen deutlich sichtbaren Teil davon) durchsetzen zu können und das Zwangsregime abzulehnen, aber von vornherein bezweifelt werden. Für die zentraleuropäischen Machtzentren bedeuteten die „Verhandlungen“ nur eines: Die griechische Regierung musste gezwungen werden – und sei es in geschickt kaschierender Form – das Austeritätsprogramm des Kapitals durchzuführen. Eine auch nur ansatzweise „linke“, anti-kapitalistisch interpretierbare Alternative konnte nicht geduldet werden.

Nach dem aufgebauten Erwartungsdruck war aber klar: Würden die einmal erzeugten Illusionen, die Träume, zerplatzen, dann bestand für Tsipras und Varoufakis die reale Gefahr, als „Verräter“ vor dem Scherbenhaufen ihrer eigenen Politik und damit „der Geschichte“ zu stehen. Daraus erklärt sich unschwer die Notwendigkeit, die eindeutige Niederlage schon in der ersten Verhandlungsrunde in einen „Etappensieg“ umzudeuten und die verbale Konfrontation, die die griechische Verhandlungsführung zugleich als „geschickt“ erscheinen ließ, fortzusetzen.

Finanzminister Varoufakis hatte schon gleich nach dem erpressten Eingehen auf den ungleichen Vertrag wieder von kommenden „Neuverhandlungen“ gesprochen und davon, dass die von den europäischen Institutionen als Voraussetzung für eine Verlängerung der Finanzhilfen geforderte Zustimmungserklärung der griechischen Regierung „absichtlich unpräzise formuliert“ sei, und er nannte das eine „produktive Ungenauigkeit“. Damit hatte er ein weiteres Mal seine europäischen Widersacher schockiert.

Bei der großen Mehrheit der Griechen und vielen europäischen Linken löste das dagegen neben Überraschung vor allem Freude aus. Das ändert jedoch nichts daran, dass es sich um eine Niederlage handelte, die man versuchte „produktiv“ schönzureden – eine Folge und integraler Bestandteil eines (linken) Populismus.

Die einzige Stärke der griechischen Regierung in den Verhandlungen gründete sich nämlich nicht darauf, dass sie die moralisch richtige Position vertrat, sondern auf ihre absolute Abhängigkeit (also trotz allem Schwäche!) von der öffentlichen Erwartung in ihrem Land. Also musste und konnte ihr Argument gegenüber Brüssel und Berlin nur sein: „Ihr müsst uns entgegenkommen, sonst gibt es ein gesellschaftliches Chaos in Griechenland. Das könnt ihr nicht wollen“. Das ist offensichtlich keine realistische Argumentation, aber logische Folge des Populismus.

Der Gipfel dieses zweifelhaften Pokers wurde durch das Referendum erreicht, bei dem das Volk – vor die Wahl gestellt, sich zwischen „JA“ und „NEIN“ zu den Forderungen des Finanzkapitals zu entscheiden – wie von der Syriza-Regierung empfohlen überwältigend mit „NEIN“ stimmte. Auf diese Weise „gestärkt“ ging es zum wiederholten Mal in die Brüsseler Verhandlungen. Und wieder prallten die „guten Argumente“ von Syriza natürlich ab. Und plötzlich war das soeben abgehaltene Referendum nur noch Makulatur. Das war der strategische Augenblick, in dem Varoufakis zurücktrat und die Verantwortung abgab.

Populismus heißt Illusionen erzeugen und das so aktivierte Volk für die eigenen Machtspiele in die Waagschale zu werfen. Der Unterschied zwischen rechtem und linkem Populismus mag nicht gering sein, wenn man bedenkt, für welche guten – und moralisch mehr als gerechtfertigten – Ziele die Volkstribunen das tun. Aber es ist Missbrauch.

Und damit nicht genug. Populismus ist – wie eine Sucht – „ansteckend“. Das Verhalten der griechischen Regierung provozierte das latente Suchtverhalten unter den „Linken“ in den anderen europäischen Ländern. Krasses Beispiel ist das Abstimmungsverhalten der großen Mehrheit der Linken-Abgeordneten im deutschen Bundestag am 27. Februar über die sogenannten „Griechenland-Hilfen“. Zur Begründung für eine Zustimmung zu dieser Verlängerung des bisher immer strikt abgelehnten Zwangsregimes machte sich nun auch die deutsche Linke – nur sechs ihrer Abgeordneten enthielten sich der Stimme – die griechische „Umdeutung“ des Verhandlungsergebnisses zu Eigen und versuchte, ihre Zustimmung als Akt der „Solidarität“ zu verkaufen.

Das Vorgehen der europäischen Machtzentren und des IWF läuft offensichtlich und auch nachvollziehbar darauf hinaus, mit Griechenland ein Exempel zu statuieren: Besonders ein kleines Land bleibt nur solange souverän, wie es die Profite des Finanzkapitals bedienen kann. Regierungen und Parlamente in den großen „erfolgreichen“ Ländern müssen inzwischen um ihrer Selbsterhaltung willen die neoliberalistische Politik nach der Logik des Finanzkapitals durchziehen und unter anderem dafür sorgen, dass in den weniger großen und weniger „reichen“ Ländern Kompradorenregime die zentral vorgegebene Linie übersetzen.

Möglicherweise halten Teile des Finanzkapitals eine „Schocktherapie“ für Griechenland sogar für „heilsam“, das heißt, für noch zu retten, so wie sich beispielsweise das harte Vorgehen des IWF seinerzeit in Südkorea in der sogenannten Asienkrise „produktiv“ ausgezahlt hat. Eine solche Sichtweise verkennt

jedoch vollständig die Unterschiede zwischen beiden Situationen und beiden Gesellschaften. Für andere Teile der herrschenden Institutionen gilt daher eine andere Logik: Obgleich für jeden ersichtlich ist, dass der griechische Staat nicht zahlen kann, ohne Wirtschaft und Gesellschaft endgültig zu ruinieren – also in keinem Fall zahlen kann – bestehen die Institutionen und die sie stützenden Regierungen auf der Kaputtsanierung des Landes.

Und die große Mehrheit der Menschen im übrigen Europa stimmt offenbar zu. Die Angstpropaganda der Regierungen, angeführt von der deutschen, und der ihnen weitgehend zustimmenden Medien hat – wie fast immer – gefruchtet: die Menschen in Europa sehen sich in ihrer großen Mehrheit in der Rolle der „Steuerzahler“, auf deren Kosten es sich „die Griechen“ gut gehen lassen. Damit steht der Widerstand in Griechenland gegen die öffentliche Meinung im gesamten übrigen Europa. Ja, in Europa verstärkt sich ein neuer (alter) Nationalismus, der alles inzwischen ansatzweise Entwickelte überrollt: weder Klasseninteressen, noch gar die Erkenntnis eigener Bedürfnisse spielen dann mehr eine Rolle. Je länger der Konflikt dauerte, desto klarer die Mehrheitsverhältnisse bei den Umfragen: Von Woche zu Woche stieg der Anteil derer, die „kein Vertrauen in die griechische Regierung“ haben und den harten Kurs des deutschen Finanzministers befürworteten. Das ist es, was die Stärke des Finanzkapitals und der mit ihm verflochtenen zentraleuropäischen Machtzentren ausmacht.

Mit der neuen, durch eindeutig demokratische Wahlen legitimierten und so *dem eigenen Volk gegenüber gestärkten* Regierung wird die „Sanierung“ im neoliberalen Sinne reibungsloser verlaufen. Weder das griechische noch die anderen Völker Europas waren und sind auf einen so massiven Widerstand vorbereitet, wie er nötig wäre, um eine neue Solidarität gegen das Kapital durchzusetzen.

Ein wenn auch „linker“ Populismus ist dazu jedenfalls kontraproduktiv.

Nachbemerkung:

Wir haben nicht nur nichts davon, dass wir uns wieder und wieder an Selbsttäuschungen über Wahlsiege berauschen, die nur auf der „bürgerlichen“ Zählweise beruhen. Realität ist:

Syriza hat nicht einmal ein Fünftel der Stimmen aller wahlberechtigten Griechen erhalten!

Fast die Hälfte aller Wahlberechtigten (ca. 45%) hat nämlich gar nicht erst versucht, ihre Stimme in die Waagschale zu werfen, obgleich es mit 20 angetretenen Parteien eine große Auswahl auch an Klein- und Kleinstgruppierungen zur Auswahl gab. Der Glaube und die Hoffnung der großen Mehrheit in die Politik überhaupt ist offensichtlich längst verloren gegangen. Und es sind genau diese von der bisherigen Politik sattsam bekannten Politikerspielchen wie die taktische Nichtbeachtung des „Volkswillens“, wie er sich im Referendum ausdrückte, die diese „Politikverdrossenheit“ immer weitertreiben.